



Ralph Brinkhaus (CDU): »Ein strukturelles Defizit von 13 Millionen Euro ist nicht tragbar. Ich warne davor, unter dem Deckmantel der Sozialen Gerechtigkeit mehr Geld auszugeben als eingenommen wird.«

Ingrid Tiedtke-Strandt (SPD): »Das strukturelle Defizit muss von der Politik als Herausforderung zu einer planvollen Verbesserung der Haushaltsstruktur verstanden werden. Eine allgemeine Schwarzmalerei ist unsinnig.«

Hans-Peter Rosenthal (Grüne): »Um deutlich zu machen, dass wir es ernst meinen mit der Generationengerechtigkeit, überlegen wir einen Antrag, nachdem für 2009 auf eine Neuverschuldung zu verzichten ist.«

Norbert Morkes (BfGT): »Die BfGT kann und wird es nicht verantworten, dass drastische Sparmaßnahmen und Kürzungen ohne Tabus für alle Bereiche gelten sollen, während der Theater-Neubau davon ausgenommen wird.«

Hartwig Fischer (FDP): »Nicht alles, was wünschenswert ist, ist machbar und finanzierbar. Die hohen Standards, mit denen bisher in Gütersloh gebaut, renoviert und modernisiert worden ist, müssen überprüft werden.«

Peter Kalley (UWG): »Die Aufgabe von Rat und Verwaltung sollte darin bestehen, die Ergebnissituation insbesondere durch Aufwandsbegrenzung und gegebenenfalls auch durch höhere Erträge zu verbessern.«

Tanker befindet sich in schwerer See

Strukturelles Defizit im Haushalt – Stadt Gütersloh muss in nächsten Jahren kräftig sparen

Von Michael Deiker

Gütersloh (WB). Die Steuern bleiben stabil, doch eitel Sonnenschein herrscht nicht: Das von Kämmerin Christine Lang offengelegte strukturelle Defizit von 13,5 Millionen Euro war am Freitagabend im Rat das zentrale Thema der Haushaltsreden. Der Etat wurde zwar mehrheitlich verabschiedet, doch eines war allen Politikern klar: Die Stadt muss in den nächsten Jahren kräftig sparen.

Nein zum Haushalt mit einem Volumen von 192 Millionen Euro sagten nur BfGT und FDP. Dass die Stadtverwaltung ein »rigoroses Spar- und Streichprogramm« vorschlägt und den Theater-Neubau

ausklammern will, kritisierte Norbert Morkes. »Über Einschnitte kann man nur reden, wenn auch diejenigen die Schmerzen teilen, die den Theater-Neubau befürworten. Es ist wie bei der Akupunktur: wird die Nadel noch rechtzeitig gesetzt, ist man hinterher von Schmerzen befreit«, meinte der BfGT-Fraktionschef. In eine ähnliche Richtung zielte Hartwig Fischer (FDP): »Der Haushalt ist zu unsicher und birgt erhebliche Risiken in sich. Uns ist das Risiko gerade im Investitionsbereich zu hoch.«

Der Haushaltsausgleich gelingt nur, weil die Stadt sechs Millionen Euro aus der Rücklage entnimmt. Außerdem sollen Kredite in Höhe von neun Millionen Euro aufgenommen werden. Bei der Haushaltskonsolidierung darf es für CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus deshalb keine Tabus geben – weder im Bereich Personalkosten,

STEUERN UND GEBÜHREN

<p>Grundsteuer A: Hebesatz 175 Prozent (unverändert).</p> <p>Grundsteuer B: Hebesatz 300 Prozent (unverändert).</p> <p>Gewerbesteuer: Hebesatz 380 Prozent (unverändert).</p> <p>Hundesteuer: Ersthund 56 Euro, bei mehreren Hunden je 80 Euro (unverändert).</p> <p>Abwassergebühr: Schmutzwasser 2,02 Euro/Kubikmeter (unverändert); Regenwasser 0,32 Euro/Quadratmeter (-0,07 Euro).</p> <p>Abfallgebühren: Restabfall jährlich (14-tägliche Abfuhr) 80 Liter-Tonne 128 Euro (-8,80 Euro),</p>	<p>120 Liter-Tonne 192 Euro (-13,20), 240 Liter-Tonne 384 Euro (-26,40 Euro), 1100 Liter-Behälter 1760 Euro (-121 Euro). Komposttonne jährlich (14-tägliche Abfuhr) 80 Liter-Tonne 75,20 Euro, 120 Liter-Tonne 112,80 Euro, 240 Liter-Tonne 225,60 Euro, 660 Liter-Behälter 620,40 Euro (alles unverändert).</p> <p>Straßenreinigung: Fahrbahnreinigung 0,0549 Euro/Quadratmeter Grundstücksfläche (+0,0039 Euro), Winterreinigung 0,0190 Euro/Quadratmeter Grundstücksfläche (+0,0021).</p>
---	---

noch in den Bereichen Schule, Jugend oder Soziales. Am Theater-Neubau will Brinkhaus genauso wenig rütteln wie seine SPD-Kol-

legin Ingrid-Tiedtke-Strandt. Für ihre Partei hätten Investitionen in Kinder, Jugendliche und Bildung absoluten Vorrang vor einer rein

finanzpolitischen Bewertung. Allerdings müsse eine Reduzierung der Personalkosten ohne betriebsbedingte Kündigungen vorgenommen werden.

Hans-Peter Rosenthal von den Grünen will die Personalkosten einfrieren und aufgeblähte Standards absenken. Außerdem gelte es, über eine Anhebung von Gewerbe- und Grundsteuer B nachzudenken. Mit Blick auf die Sparkasse meinte er, dass man über eine Kooperation oder Fusion mit anderen Sparkassen im Kreis nachdenken müsse.

Peter Kalley (UWG) verglich den Haushalt mit einem Tanker: »Selbst bei voller Kraft zurück benötigt so ein Schiff noch viele Seemeilen, bevor es zum Stehen kommt. Ein ambitioniertes Investitionsprogramm in Höhe von 36 Millionen Euro konnte nicht mehr kurzfristig zusammengestrichen werden.«